



Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtage nur morgens. Der Anzeigenpreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 2,50 M. bei direktem Vorbestellung ohne Bestellgebühr monatlich 7/8 M., bei Zustellung unter Schriftband 6,50 M. Die 'Freiheit' ist in den ersten Nummern des Vertriebsjahres für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interate liefern Sie abgeholt. Temporeilweise oder deren Raum 75 Pf., kleine Anzeigen* das letzte Mal 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Leertextzuschlag 80 %. Bei Familien- und Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19, Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Sonnabend, den 15. Februar 1919

Nummer 83

Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen.

Eine deutsche Erklärung.

Gestern begannen in Trient die neuen Waffenstillstandsverhandlungen. In einer Sitzung der Waffenstillstandskommission vom Tag vorher gab der deutsche Vorsitzende, General v. Hammerstein, folgende Erklärung ab:

„Der Waffenstillstand ist geschlossen worden, um einen Frieden des Rechts und der Völkerverständigung einzuleiten. Seine Bedingungen sollten den Alliierten militärische Sicherungen dafür geben, daß Deutschland die Feindseligkeiten nicht wieder aufnehmen könne. Obwohl dieses Ziel längst erreicht ist, haben die Trienter Verträge zur Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens von der Entente Forderungen gebracht, die als militärische Sicherung nicht mehr begründet werden können. Das Zurückhalten der deutschen Kriegsgefangenen, die Fortdauer der Blockade und die Wirtschaftssperre am Rhein verhillern das deutsche Volk, steigern seine inneren Nöte und fördern den Bolschewismus. Das deutsche Volk erwartet nunmehr mit Bestimmtheit, daß von den durch Präsident Wilson festgelegten Grundsätzen fernerehin nicht abgewichen wird, daß ihm also keine neuen Verschärfungen auferlegt, sondern die Erleichterungen gewährt werden, deren es zum Aufbruch der inneren Ordnung des neuen Staatwesens bedarf.“

Der Beginn der Verhandlungen.

Die Verhandlungen selbst wurden mit einer längeren Rede Erzbergers eröffnet, worin er die Ausführung der bisherigen Waffenstillstandsbedingungen besprach und die Gründe für einige Verzögerungen anführte. Er forderte dann die Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen, er wies auf die Erregung hin, die die Rückhaltung der Gefangenen im deutschen Volke hervorruft und wandte sich mit folgenden Worten an Hoch persönlich:

„Herr Marschall! An Sie richte ich diese Bitte besonders eindringlich; denn auf Ihr Wort wird man hören, soweit die alliierten Regierungen militärische Bedenken vorbringen. Das deutsche Volk drückt nicht an die Wiederaufnahme des Krieges. Das ganze deutsche Volk fordert die alsbaldige Rückkehr seiner Kriegs- und Zivilgefangenen. Nur von der englischen und amerikanischen Regierung ist eine Anzahl Schwerwundener herausgegeben worden. Diese Brosamen sind alles. Selbst die Anträge auf eine Verbesserung des Loses der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen werden abgelehnt. Was soll die gestützte Welt dazu sagen, daß den Gefangenen nicht einmal der Besuch von deutschen Geistlichen, Ärzten und Schwestern gestattet wird? Die Geschichte wird Ihnen dereinst einen sehr schweren Vorwurf machen, wenn Sie die Absicht haben sollten, diesen Zustand bis zum Abschluß des Präliminarfriedens weiterbestehen zu lassen. Keine Strafgefangenen sind es, um die es sich handelt. Geben Sie daher den Befehl zur Entlassung der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen aus allen alliierten Ländern! Senden Sie zuerst alle Verwundeten und Kranken, die in alliierten Ländern und die über achtzehn Monate in Feindesland befindlichen Kriegsgefangenen zurück, insbesondere alle Familienväter! Marschall Hoch selbst hat diese Kategorie als solche bezeichnet, die am meisten Teilnahme verdienen. Bis zur Beendigung des Abtransportes gewähren Sie allen Kriegs- und Zivilgefangenen eine Erleichterung ihrer Lage.“

Ich muß die Anfrage bekommen, daß mit dem Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen alsbald begonnen wird. Kein menschlich empfindendes Wesen wird mir die Verantwortung zumuten, in dieser Frage eine andere Forderung zu stellen, als ich hiermit vor dem Gewissen der gesamten Menschheit erhebe.“

Dann wendet sich Erzberger gegen die Unterdrückung des Deutschland in Elb-Lothringen und die Ermütigung der polnischen Eroberungsalliierten. Schließlich ersuchte er um Anerkannter Unterstützung bei Lieferung von Lebensmitteln und Rohstoffen.

Am dies brachte Herr Erzberger in einer langen Rede vor, die ein widerliches Gemisch von larmoyanten Redensarten und überheblichen Drohungen war, die den übelsten Eindruck machen mußten. Alle Welt weiß, daß Erzberger absofort unfähig zum Verhandeln ist, ganz abgesehen davon, daß er neben Scheidemann zu den kompromittiertesten und verachtlichsten Leuten im Ausland gehört. Aber beide gleichen

sich ja auch darin, daß sie lieber Deutschland zugrunde gehen lassen, als auf die Befriedigung ihres Ehrgeizes verzichten würden.

Unverantwortliches Treiben.

In einer gestern stattgefundenen Versammlung des Berliner Bürgerrats im „Rheingold“ wurde eine Protestresolution angenommen, die schon ganz den alten Geist der Augusttage 1914 atmet. Selbst auf die Gefahr des Verhandlungsabbruchs hin wird von der Reichsregierung ein scharfes Auftreten bei den Verhandlungen mit der Entente verlangt. „Die deutsche Geduld ist zu Ende. Die Feindesrache trägt die Verantwortung für alle Folgen.“ — so heißt es am Schluß der Kundgebung. Eine derartige Sprache ist eine Annäherung und Herausforderung zugleich. Mit solchen Reden kann nicht nur nicht erreicht werden, es wird vielmehr noch neues Unheil angerichtet, das dem Volke zur Last fallen wird.

Er meldet sich wieder.

Hindenburg erlöst wieder eine Kundgebung. Er läßt melden, daß er sein Hauptquartier nunmehr nach dem Osten verlegt hat. Er erinnert dabei an seinen Sieg in den Masurischen Sümpfen im Jahre 1914, bedauert, daß Deutschland infolge der Uebermacht gezwungen war, die Feinde um Frieden zu bitten, und gibt kund, daß sein größter Schmerz darin bestehe, daß er das Volk „in sich gerüttelt und erschläft im Wollen“ sehen muß. Aber er will das Volk durch diesen Zustand hindurchführen. Dazu gehören der einheitliche Wille, den Boden der Heimat zu schützen „vor dem neuen Feinde, dem Bolschewismus, der die Kulturwelt bedroht.“

Der „Bolschewismus“ ist hier nur ein Ausschüßel. Es geht nicht um den Schutz des „Vaterlandes“. Es geht vielmehr um die Wiederherstellung der Selbstgucht, Disziplin und das Vertrauen zu den Führern“. Mit anderen Worten — um die Wiederherstellung des alten militärischen Systems. Bei den Masurischen Sümpfen, dem Schauplatz seiner fürchterlichen Massenschlächtereien, hofft Hindenburg eine neue Wendee, einen militärischen Stützpunkt für die monarchische Gegenrevolution schaffen zu können.

Die Kapitalflucht.

Wie aus Genf gemeldet wird, sollen sich nach Feststellungen der Alliierten die in der Schweiz befindlichen deutschen Privatguthaben auf 2 1/2 Milliarden Frank belaufen. Die Biffer dürfte eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sein. Es ist klar, daß diese Riesensumme in der Hauptsache während des Krieges in die Schweiz verschleppt worden ist. Denn vor dem Weltkrieg haben die deutschen Privatguthaben in der Schweiz bei weitem nicht diese Höhe erreicht. Den Kapitalist*en, die ihr Geld in das Ausland verschleppen, um sich vor der Steuerlast zu drücken, dürfte es jetzt etwas schädel zumute werden, wenn sie erfahren, daß die Alliierten beabsichtigen, diese Guthaben eventuell zur Sicherheit heranzuziehen.

Spartakusherrschaft in Sterkrade.

Sterkrade, 14. Februar. Seit Donnerstag vormittag steht Sterkrade unter sozialistischer Herrschaft. Das Rathaus, die Reichsbank, die Post, die Sparrasse und der Bahnhof sind besetzt. Die ankommendenzüge werden auf regierungstreue Truppen hin durchsucht. Die Polizeimannschaften wurden entwaffnet und verlassen nur noch den inneren Dienst. Die Spartakisten verlangen unter anderem die Uebernahme des Sicherheitsdienstes sowie die Abschaffung des Arbeiterrates und seine Ersetzung durch Spartakisten. Die Beamtenchaft Sterkrades beschloß die Entfernung der Wochposten von den Straßen und öffentlichen Gebäuden. Oberbürgermeister Dr. Rost ist gestern nachmittags von Weimar zurückgekehrt. In Gewalttätigkeiten ist es nicht gekommen. Heute morgen sind die Spartakisten wieder eingezogen und hielten vor dem Rathaus Maschinengewehre auf. Verschiedene Sozialisten durchsuchten die Straßen.

Sozialistische Schulpolitik in der Gemeinde.

Die Rechte der Gemeinden auf dem Gebiete des Schulwesens sind heute nach jeder Richtung hin eingeengt. Die Gemeinde hat die Pflicht, für Schulen zu sorgen, Lehrer zu bezahlen, ohne über den Schulbetrieb, über die Bestaltung des Unterrichts etwas bestimmen zu können. Die Schulaufsicht wird von übergeordneten Behörden ausgeübt. Dieses Bevormundungssystem ist unerträglich und es wird höchste Zeit, daß damit gründlich aufgeräumt wird. Man muß überhaupt dem Erstaunen Ausdruck geben, daß heute, mehr denn drei Monate nach der Revolution, der alte Sängelungsapparat noch immer in Funktion ist.

In Groß-Berlin haben wir es heute noch mit dem Provinzialschulkollegium zu tun, einem Aufsichtsorgan, das nach reaktionärem Muster mit jahrhundertalten veralteten Verordnungen regiert und reglementiert. In diesem Provinzialschulkollegium laufen alle Fäden der Reaktion zusammen. Seine Macht ist unbeschränkt. Es ist das Werkzeug des Kultusministeriums, das seine Befugnisse dieser verächtlichen Schulbehörde übertragen hat. Etwas Vernünftiges hat man von ihr noch nicht gehört. Schwärzeste Reaktion ist ihr oberstes Gesetz. In die heutige Zeit paßt eine derartige rückwärtliche Einrichtung längst nicht mehr. Aber sie ist noch immer nicht abgeschafft. Und es wird wirklich Zeit, keine Stunde zu verlieren mit der Beseitigung der Bevormundung der Gemeinden auf dem Gebiete der Schule.

Solange wir noch mit den einzelstaatlichen Gebilden rechnen müssen, dürfte es zenitieren, wenn der Staat die Erfüllung bestimmter Minimalforderungen den Gemeinden auferlegt. Das wird nötig sein, schon um das Schulwesen auf dem Lande zu heben und zu fördern. Darüber hinaus muß den Gemeinden volle Freiheit gegeben werden. Sie müssen das Schulwesen selber verwalten, müssen selbständig die Bestaltung des Unterrichts bestimmen.

Eine andere Forderung, die schleunigste Erfüllung heischt, ist ein einheitliches Groß-Berlin, das erst ein geordnetes Schulwesen verbürgt. Erst so wird die Bahn frei zu einer großzügigen Reform im Schulbetriebe.

Einer sozialistischen Mehrheit in Groß-Berlin eröffnet sich damit ein bedeutungsvolles Arbeitsgebiet. Der Religionsunterricht muß aus dem Schulunterricht beiseite gerückt werden. An seine Stelle muß ein Moralunterricht treten. Wir können uns unter keinen Umständen damit einverstanden erklären, daß es den Eltern freigestellt bleibt, ihre Kinder vom Religionsunterricht fernzuhalten. Das führt zu Unzulänglichkeiten zwischen Lehrer und Schüler. Umgekehrt soll es den Eltern freistehen, ihre Kinder außerhalb der Schule an einem Religionsunterricht teilnehmen zu lassen, wenn sie das für notwendig halten.

Noch wichtiger ist die Beseitigung des lächerlichen vaterländischen Geschichtsunterrichts mit seiner Geschichtsklitterung. Man sehe sich nur die Lehrbücher an, wie sie gefüllt sind mit der Verherrlichung der angefallenen Fürstenthümer. Jahrzehntelange galt der für einen tüchtigen Lehrer, der es am besten verstand, die Kinder in tiefer Ehrfurcht und Ergebenheit zum Hohenzollernbause zu erziehen. Die Kinder wurden geradezu gebrüht in dem Glauben an die Gottähnlichkeit ihres Kaisers und seiner Familie. Servilismus und Buzantismus waren Trumpf. Die ganze schulmäßige Erziehung lief darauf hinaus, den Kindern Ergebenheit, Unterwürfigkeit und Anechtlichkeit anzuverziehen; jene Anechtlichkeit, die der Todfeind jeder freien Bewegung, jeden freibeitlichen Geistes ist. Den Kindern wurde gelehrt, daß die heutige Ordnung die von Gott gegebene sei, gegen die jede Auflehnung als Vaterlandsverrat angesehen wird und schwer geahndet werden müsse.

Ein besonderes Kapitel war der Völkerruß, auf dem in den letzten Jahren geradezu Verbrecherisches geleistet worden ist.

Eine sozialistische Gemeindeverwaltung muß auf diesem Gebiete revolutionierend wirken. Sie muß an die Stelle

Diese reaktionären Unterrichts eine Erziehungsmethode sehen, die Gewähr für eine Erziehung zu freien, aufrechten Menschen bietet, von Menschen, in denen die Liebe zur Freiheit lebt, und denen jeder Knechtsinn fremd ist. Daß natürlich die Massenschule verschwinden muß, versteht sich am Rande. Heute ist die Bildung ein Monopol des Besitzes. Wir brauchen eine Einheitschule mit dem Aufbau eines höheren Schulwesens: Nicht der Besitz soll die höhere Bildung ermöglichen, sondern einzig und allein die Befähigung.

Der Krieg mit seinen Folgen der Unterernährung hat unter uns Erwachsenen furchtbar gewütet; viele von uns werden viel früher ins Gras beißen müssen, als das unter normalen Verhältnissen der Fall gewesen wäre. Und wenn wir auch alles daransetzen müssen, solange noch ein Atemzug in uns lebt, für die baldige Verwirklichung des Sozialismus zu wirken, so dürfen wir doch unseres Nachwuchses nicht verachten. Mehr noch. Doppelt und dreifach müssen wir daran denken, ein Geschlecht heranzuziehen, das frei ist von jeder Knechtseligkeit, die solange die Stütze des alten Systems gewesen ist. Eine sozialistische Gemeindeverwaltung, die sich von der alten Bevormundung von oben her freigemacht hat, und die sich ihrer Aufgabe voll bewußt ist, kann die Schule zu dem machen, was sie sein soll: zu einem Instrument, das den Kindern möglichst viel Kenntnisse und Fertigkeiten für den künftigen Kampf ums Dasein vermittelt und darüber hinaus auch zu einem Mittel, das Gewähr bietet für Heranziehung einer Nachkommenschaft, die eine wirkliche freie sozialistische Gesellschaft zimmern und erhalten kann.

Gätten wir in der Gemeinde gar keine andere Aufgabe zu lösen, als nur diese, so würde der Kampf um die Herrschaft in der Gemeinde allein schon so lohnend sein, daß jeder Wähler, Mann oder Frau, mit aller Kraft für die Wahl der Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie zur Gemeinde wirken müßte.

Mohrenwäsche.

Anlässlich der Wahl Fehrenbachs zum Präsidenten der Rationalversammlung versucht das Zentrumsjournal „Germania“ ihn von dem Verdacht gegenrevolutionärer Gesinnung reinzuwaschen. Sein Versuch, den Reichstags einzuberufen, nötigenfalls auch ohne Zustimmung der revolutionären Gewalt, sei lediglich der Sorge entsprungen, eine verhandlungsfähige Anstalt für die Erneuerung des Waffenstillstandes zu schaffen. Da es sich aber erwies, daß die Entente die Autorität der noch von der früheren deutschen Regierung beauftragten Unterhändler für ausreichend erachtete, verzichtete Fehrenbach auf die Einberufung des Reichstages und blieb auf dem Boden der von der Revolution geschaffenen Tatsachen.

Diese Darstellung ist kein Meisterstück. Fehrenbach verzichtete auf die Ausführung seines heimtückischen Streiches, weil sich ein Sturm des Proletariats erhob, vor dem die Gegenrevolutionäre feige zurückwichen. Wenn die „Germania“ jetzt schmunzelnd berichtet, auch die Mehrheitssozialisten hätten nun durch die Wahl Fehrenbachs zum Präsidenten seine „gute Absicht“ bei keinem demütigen Vorgehen anerkannt, so mögen die Auguren das untereinander abmachen. Für das genaue Wesen der Wahl und diese Rehabilitierung ein weiterer Beweis dafür, daß die Mehrheit der Rationalversammlung unter Führung der Mehrheitssozialisten das vollbringt, was Herr Fehrenbach im Dezember zu vollbringen versucht hat.

Verlegenheiten.

Der „Vorwärts“ hat die Stellen, in denen Herr Gröber die Revolution als Unglück bezeichneter und die Revolutionäre beschimpfte, seinen Lesern vorenthalten, wofür er ja seine guten Gründe hat. „Die „Soz. Korresp.“ dagegen kommt mit Drohungen:

„Will das Zentrum“ fragt sie, „das noch gestern demütig um Zulassung in die Regierung war, sich jetzt breitmachen und den Herrn im Hause spielen? Dann wird man es rechtzeitig und gehörig in seine Schranken weisen, denn wir brauchen das Zentrum nicht und fürchten es weniger als Feind denn als Bundesgenossen. In aller Verlogenheit und noch gestern im Wohlwollen ist es mit den reaktionären Parteien Hand in Hand gegangen. Wenn es gleichwohl in die Regierung aufgenommen wurde, so geschah das, um auf die Friedenskonferenz eine Regierung zu entsenden, die die erdrückende Mehrheit des ganzen deutschen Volkes hinter sich hat. Mißbraucht aber das Zentrum diese unsere nationalen, ungenutzten Beweggründe, dann wird es zu spüren bekommen, daß wir die Sieger vom 19. Januar waren und das Zentrum zu den Besiegten gehörte. Die Zeit der Unentbehrlichkeit des Zentrums ist vorbei.“

Nun, das Zentrum wird sich vor diesen Worten nicht fürchten, es weiß, daß die Rechtssozialisten seine Mitarbeit nicht entbehren wollen. Die Friedenskonferenz ist bloß Vorwand. Denn ob ein paar kompromittierte Kriegspolitiker mehr oder weniger hinter dieser Regierung stehen, ist dem Ausland wirklich völlig gleichgültig.

Eine Gewerkschaftsabordnung bei der Entente.

Köln, 13. Februar. Eine Abordnung der Kölner Gewerkschaften hatte am 12. Februar eine Unterredung mit der britischen Militärbehörde. Laut „Wolff“ erweist die britische Militärbehörde die dargestellte Rolle der Bevölkerung des Kölner Bezirks an. Sie ist bereit, soweit es nur möglich ist, zu helfen. Bis zum Eintritt der äußersten Not werde es möglich sein, Lebensmittel in genügenden Mengen heranzuschaffen, so daß das besetzte Gebiet keineswegs einer Katastrophe überlassen werde. Die Versorgung der Großindustrie des besetzten Gebietes mit den notwendigen Rohstoffen ließe bevor. Nach Deckung des eigenen Bedarfs und des Bedarfs des besetzten Gebietes könnten die überschüssigen Produkte auch in das übrige Deutschland abgeführt werden.

Das Los der russischen Gefangenen.

Die russischen Kriegsgefangenen, die noch in Deutschland sind, können noch immer nicht ihre Heimat erreichen. Woff berichtet, daß diese Tatsache sich auf Artikel IV der Waffenstillstandsbedingungen gründet, wonach die Entente die Fürsorge und Heimförderung der russischen Kriegsgefangenen für sich in Anspruch genommen und vorläufig jeden weiteren Abtransport untersagt hat. Nach Ansicht der Ententevertreter würden die Gefangenen durch den gänzlichen Mangel an Transportmitteln und die Hungersnot in Russland den größten Gefahren ausgesetzt werden, wenn sie jetzt mitten im Winter abtransportiert würden. Bis zu ihrem Abtransport soll die Entente ihnen eine bessere Verpflegung zuteil werden lassen.

Dummer Schwindel.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Berliner Blätter wissen aus Polizeiquellen alles über Nadel's Verhaftung mitzuteilen. Dabei wird auch erzählt, daß Nadel vor alle mediale Beziehungen zu Eichhorn aufgenommen habe und daß an einer angeblich geplanten Spartakistenaufmerksamkeit auch Eichhorn teilnehmen wollte. Nach diesen Brocken aus dem Polizeibericht zu urteilen, scheint sich das Feindsche Polizeiregime bei der Wiedererrichtung der politischen Polizei ja eine neue Sorte von Kriminalbeamten zugelegt zu haben. Nicht etwa, um Nadel zu verurteilen, sondern nur um den plumpen Schwindel zu entlarven, stelle ich fest, daß ich seit der Reichstagswahl 1912 Nadel ein einziges Mal auf der Straße getroffen und einen klügeligen Gruß mit ihm gewechselt, sonst aber seit jener Zeit nie wieder persönlich noch schriftlich mit ihm in Verbindung gestanden habe. Ich habe auch in der Zeit meiner unzeitweiligen Abwesenheit von Berlin so viel zu tun gehabt, daß ich wirklich nicht daran denken konnte, nach Charlottenburg vor zu einer „Spartakistenaufmerksamkeit“ zu fahren. Was der Polizeibericht erzählt in dieser Beziehung über meine „Absicht“ sagt, hat er sich glatt aus den Fingern gelogen. Vielleicht dient diese Feststellung auch dem Nadel zur Entlastung, zeigt sie doch kläglich, wie die politische Polizei arbeitet.

Emil Eichhorn.

Duisburg durch Belgier besetzt.

Duisburg, 14. Februar. In der vergangenen Nacht rückten hier auf Anordnung des belgischen Abschnittskommandeurs infolge der Vorwommisse am Mittwoch belgische Truppen mit Maschinengewehren ein, um weitere Unruhen zu verhüten. Es ist eine Kompanie eingerückt, der zwei weitere folgen sollen. Die Truppen kamen gerade vor dem Rathaus an, als dort drei hantborner Spartakistenführer vorgefahren waren, um von dem Oberbürgermeister die Herausgabe von 50 beschlagnahmten Gewehren zu erzwingen. Die Belgier hielten das Auto an. Die Spartakisten versuchten zu entkommen und eine Handgranate gegen die Belgier zu werfen, was jedoch vereitelt wurde. Die drei Spartakisten wurden so schwer verletzt, daß sie in das Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Belgier besetzten zum Schutze der Verwaltung des Rathauses.

Soziale Gärung in England.

London, 13. Februar. (Heuter.) Im Unterhause brachte Bruce von Seiten der Arbeiterpartei ein Amendement ein, worin bedauert wird, daß im Programm der Regierung keine endgültigen Vorschläge, die sich mit den augenblicklichen Ursachen der Unzufriedenheit in der Industrie befassen, erwähnt werden. Bruce erklärte, die Arbeiterpartei erhebe Einspruch gegen einen Zwangsvergleich, den sie für unbillig halte. Die Unzufriedenheit würde nicht eher beseitigt werden, als bis die Regierung sich mit den fundamentalen Fragen befaßt und den Grundbesitz, die Bahnen und die Bergwerke verstaatlicht habe. Thomas forderte die Regierung auf, mit den Reaktionsären ebenso entschlossen zu verfahren wie mit den Volkshewisen.

Das Amendement der Arbeiterpartei wurde mit 311 gegen 90 Stimmen abgelehnt.

Die große Zahl der für den Antrag der Arbeiterpartei abgegebenen Stimmen zeigt, daß die Wellen der sozialen Gärung in England auch im Parlament immer höher steigen. Die Verstaatlichung des Grund und Bodens, der Verkehrsmittel und der reifen Industriezweige wird immer mehr zur Parole auch der politisch weniger ausgeklärten englischen Gewerkschaften. Ob freilich mit solchen Mitteln die allgemein einsetzende Streikbewegung der englischen Arbeiter beschwichtigt werden kann, ist eine andere Frage. Wenn die Anzeichen nicht trügen, steht auch England vor einer ungeheuren Verschärfung des proletarischen Klassenkampfes, der aus der jetzigen Situation spontan zur schärferen Hervorkehrung der sozialistischen Endziele hindrängt.

London, 14. Februar. (Heuter.) Die Regierung beantwortete die Forderungen der Bergarbeiterverbände Groß-Britanniens mit dem Anerbieten einer weiteren Kriegsgratifikation von einem Schilling pro Tag wegen der erhöhten Lebensmittelpreise. Die Regierung erklärte sich auch bereit, eine Kommission einzusetzen, die die Forderungen nach dem Sechstundentag, nach 30 Prozent Lohnhöhung und Verstaatlichung der Bergwerke erörtern solle. Der Bergarbeiterverband beriet heute über die Jugendhilfe und verwarf das Anerbieten der Regierung.

Gewerkschaftliches.

Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Der in der gestrigen Generalversammlung der Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen angelegte Vortag über die Angelegenheiten und die neue Zeit wurde wegen Behinderung des Referenten Public ausfallen. Dafür nahm Kollege Fritz Schmidt einen Ueberblick über die augenblickliche Streklage. Aus den letzten Nachmittags vor dem Einigungsamt gefälligen Verhandlungen ist die Erklärung von Vertretern der neun beteiligten freien Gewerkschaften abgegeben worden, daß die Unternehmer nur mit den Zentralverband zu verhandeln haben, der „Gewerkschaftsbund“ als Vertreter der wirtschaftsfriedlichen Organisation wird als verhandlungsberechtigter Interessensvertreter der Arbeitnehmer nicht anerkannt. Die lebhafte Debatte vor dem Einigungsamt führten gestern zu keinem positiven Ergebnis. — Auch in der Versicherungsbranche ist die Streiklage günstig, es ist auch hier möglich, daß durch den Streik die neugebaute Unternehmerorganisation gesprengt wird. Durch die Politik des Zentralverbandes sind die wirtschaftsfriedlichen Organisationen ganz in den Hintergrund gedrängt worden, durch eine einseitige Geschicksbau, die mit den Erfolge dieser Verbände aufzudrängen würde, wäre es ein Leichtes, sie ganz zu beiseite zu drängen. Zum 2. Punkt der Tagesordnung wurde die Reumahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Es wurden gewählt zum 1. Bevollmächtigten Fritz Rogon, zum 2. Bevollmächtigten Max Schröder, zur 1. Schriftführerin Marie Osburg, zur 2. Schriftführerin Frida Dicht. Sechs Delegierte zur Gewerkschaftskommission wurden durch Abgabe von Stimmzetteln beim Verlassen des Saales gewählt, ihre Namen werden in der nächsten Verhandlung bekannt gegeben. Für die verstarbene Kollegin Regina Giedländer trat Grete Reuthal in den Hauptortstand ein. Die Wahl der Bezirks- und Sektionsleiter wird von der Versammlung beauftragt, ebenso die Anstellung von sechs neuen Beamten für die verschiedenen Branchen. Es sind dies Gottwald für die Bauereigenen, Friedewald für die Versicherungsgesellschaften, Kollogia Licht für die Wasserbauangehörigen, Koczin Weinberg für die Konfektionsangehörigen, Wendland für die Angestellten der Kriegsgewerkschaften und Schiemann für die Auskunftsverteilung. — Eine von der Verwaltung vorgeschla-

gene Erhöhung der Ortsbeiträge für die Zeit bis zum im Juli stattfindenden Verbandstag fand einstimmige Annahme.

Die Angestellten der Hamburger Warenhäuser sind am Freitag wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Obleute der Kriegsorganisation! Am Montag, 17. Februar 1919, findet in den Wilhelmshallen am Noo, 4 1/2 Uhr nachmittags, eine Plenarversammlung sämtlicher Obleute der Kriegsorganisationen statt. Auf der Tagesordnung steht Bericht der Reanerkommmission über die Verhandlung mit den Behörden.

Groß-Berlin.

Protest gegen die Koslegarde.

Der Arbeiterrat in Berlin hat in einem Telegramm an die Regierung Protest erhoben gegen die Verlegung Veltens mit Truppen. Es liegt absolut kein Anlaß dazu vor, da in Veltens alles ruhig ist und der dortige Arbeiterrat in vollem Einverständnis mit der Gemeindeverwaltung seine Arbeiten verrichtet.

Herr Koske hat auf das Telegramm des Arbeiterrates erwidert, daß die Truppen zur „Sicherung der Ruhe und Ordnung“ in der Reichshauptstadt dienen sollen und deshalb die weitgehende Unterstützung verdienen. Der Arbeiterrat hat sich mit dieser Antwort nicht zufrieden gegeben. Veltens ist durchaus nicht der geeignete Ort für die Unterbringung von Truppen, da hier weder eine Kaserne noch andere militärische Einrichtungen vorhanden sind.

Wichtig ist das Verhalten der Soldaten, die hier einquartiert sind, durchaus nicht harmlos. Sie bewegen sich auch außerhalb im Orte und in den Lokalen mit Schusswaffen. Einige Zivilpersonen sind schon mit der Waffe bedroht worden, ja, man erdreistet sich sogar, bewaffnet in Vergnügungslökalen einzudringen, um die Veranstaltungen zu kontrollieren.

Die Verlegung Veltens mit Truppen hat auf die ganze Bürgerschaft äußerst provozierend gewirkt. Der Arbeiterrat protestiert deshalb noch einmal dagegen und verlangt, daß die Truppen aus Veltens entfernt werden.

Eine „harmonische“ Feier.

In der Flugzeughalle der Siemenswerke fand am Donnerstag vormittag eine von circa 4000 aus dem Felde zurückgekehrten Arbeitern und Angehörigen belagte Begrüßungsfeier statt, über die in der bürgerlichen Presse ein schon gefärbter Bericht gebracht wird. Wir werden gebeten, den Verwurf der Feiertage zu schildern, wie diese vor sich gegangen ist.

Rufwort trug leiteten die Feiertage ein. Dann folgten Ansprachen der Direktoren. Die Feiertage sollte nach den Befehlen der Direktion verhindern, daß die Kriegsteilnehmer lang- und langlos an die Arbeit zurückkehren, ohne daß ihnen ein Wort der Begrüßung und Bewillkommung entgegengebracht worden sei. Leider wurde die Feiertage durch die Unfähigkeit eines der Direktoren, sich in die Geschäftswelt des Arbeiters zu versetzen, gestört. Mißfallen und Protestrufe unterbrachen ihn und bekehrten ihn, daß er sich nicht in einer Aldeutscher Versammlung befinde. Auch die Taktlosigkeit, die Feiertage mit einem an den Coaren herbeigezogenen Tisch und dem Lied: „Deutschland, Deutschland über alles“ zu schließen, veranlaßte starke Mißstimmung, die in drastischen Gegencufen sich Luft machte. Allgemein wurde, in Anbetracht der Vorbereitungen, die der Feiertage vorausgingen, und der Aufwendungen für die geschmacklos vollkommene Dekoration der Festhalle die Frage aufgeworfen, ob nicht durch die Hinzuziehung von bürgerlichen Vertretern aus den Angestellten- und Arbeiterkreisen die Feiertage zu einer würdigeren und einträglicheren zu gestalten gewesen wäre. Es scheint aber, daß gewisse Kreise noch immer nicht genügend Sachtätigkeit aufbringen können, um nicht nur mit Worten, sondern in der Tat mit den Arbeitnehmern Hand in Hand zu arbeiten. Allgemein wurde es bedauert, daß diese Gelegenheit den Arbeitnehmern das Bestreben, im verengten Sinne zu verfahren, als Zeichen der neuen Zeit zu demonstrieren, verpaßt worden ist.

Protest der Arbeitslosen gegen Verleumdungen. In einer Versammlung der Arbeitslosen wurde folgende Protest angenommen: „Die am 7. Februar versammelten Arbeitslosen erheben heftigen Protest gegen die infamen Verleumdungen und unehrenhaften Anwürfe der bürgerlichen Presse in der letzten Zeit. Wir sind nicht arbeitslos, sondern im Gegenteil arbeitstunlich. Wir besitzen Arbeit unter menschenwürdigen Bedingungen. Freilich befinden wir uns trotz der vergrößerten Lage, in der wir uns befinden, noch genug Klassenbewußtsein und Solidaritätsgesühl, als daß wir uns als Vorkämpfer und Streikbrecher mißbrauchen lassen. Wir fordern hierdurch alle Arbeitslosen Deutschlands auf, energisch Front gegen die tendenziöse Schand- und Schmutzpropaganda zu machen und die ganzen Verleumdungen zu räumen, die bürgerlichen Blätter, einschließlich „Vorwärts“, aus der Wohnung der Arbeiter verschwinden zu lassen.“

Kriegsbeschädigte gegen neues Vorden. Kriegsbeschädigte in Spandau beschloßen folgende Resolution: „Die am 12. Februar tagende, von etwa eintausend Kameraden besetzte Versammlung der in der Artilleriewerkstatt Nord, Spandau, beschäftigten Kriegsbeschädigten protestieren mit aller Entschiedenheit gegen das neue Vorden im Osten und wenden sich gegen das Anwerben der freiwilligen-Regimenter für den sogenannten Ostfeldzug.“

Die bei der Reinhardt-Garde kämpfenden Truppen, die als Beschädigte heimkehrten, haben ihr Krüppeltum über veräußert und dürfen von der Organisation der Kriegsbeschädigten nicht aufgenommen werden.

Die Versammlung verurteilt das Verhalten des Bundesoberleiters Kuttner aufs schärfste und fordert seinen sofortigen Rücktritt.“

Der Referat Kleinermeist. Genossen, die einen größeren Posten Kleinermeist zum Wohlfühlen liefern können, wollen sich im Verbandsbureau der U. S. V., Berlin, Schilderstr. 50, melden.

In die arbeitende Jugend des Ostens. In der am 18. Februar im Lokal von Wils, Schulstraße, 45b, Christianiastraße, stattfindenden Gründungsversammlung sind alle Jugendlichen herzlich eingeladen.

Aus den Organisationen.

Wilmersdorf. Sonntag 9 Uhr früh Flugblätterverbreitung zur Wahl und Versammlung von den bekannten Lokalen aus. Material kann von Schilling, Lauenburger Straße 21, abgeholt werden.

Tempelhof. Sonntag, vorm. von 8 Uhr ab, von den bekannten Stellen aus: Handzettelverbreitung. Montag, den 17. d., abends 7 1/2 Uhr: Offizielle Frauenversammlung im Aueum, Germaniastr. 45b. Referentin Genossin Renih-Abriottiensburg. Tagesordnung: Die Frauen und die Gemeindeglieder. — Dienstag, 18. d., in Reu-Tempelhof, Lokal Schalkheit, Dreibrundstr. 8, abends 7 1/2 Uhr: Offizielle Versammlung. Tagesordnung: Die Kommunalwahlen und ihre Bedeutung. Referentin: Genossin R. Reichardt und Gen. Reumann.

Steglitz. Sonntag früh 9 Uhr Flugblätterverbreitung. Für Str'is Ausgabe bei Pichotta, Bergstraße 9; für Sünder bei Jakob, Stefanstraße 9.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neuhalla. — Verlag „Die Freiheit“ G. m. b. H., Berlin. — Druck der Einheitsdruckerei und Verlagsanstalt m. b. H., Schiffbauerdamm 13.